

Hauptobjekt für Konfessionen beim Handels- und Industriegütern. So haben z. B. unsere an den Handels- und Industriegütern nach Einführung der Wirtschaftsgüter beteiligten Unternehmer erklärt, daß wir wahrscheinlich überhaupt niemals zu einem Betriebszollschutz gekommen wären, wenn wir nicht an die Mindestsätze gebunden wären.

Den in der freihändlerischen Presse besonders betonten Einwand, daß die Einführung von Betriebszöllen die

Exportfähigkeit der deutschen Industrie schädigt, schädige, vermag ich nicht anzuerkennen. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren vor dem Kriege beweist das Gegenteil. Selbstverständlich bestreitet die Reichsregierung gar nicht, daß unter Umständen eine gewisse Besteuerung der Lebenshaltung durch Agrarzölle eintreten kann, die Reichsregierung sieht aber andererseits auf dem Standpunkt, daß auf die Dauer gesiehen, der deutsche Konsument sicherlich am billigsten aus der eigenen Scholle ernährt wird, da die durch einen maßvollen Zollsatz, wie die Vorfriedezeit erwiesen hat, gestiegerte Produktion vermehrtes Angebot bewirkt — und Massenangebot wirkt immer preisdrückend. Die Notwendigkeit eines Zollsatzes für Fleisch und Fisch wird in Unbetracht der Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft unbestritten imstande ist, die deutsche Fleischversorgung unabhängig vom Auslande durchzuführen, auch von den Gegnern der Agrarzollschutzvorlage unter den Wissenschaftlern kaum bestritten.

Als ein Mittel zur Beseitigung der Agrarfürche ist von einigen Seiten auch die Freigabe der Ausfuhr für Getreide angegeben worden. Ich glaube, daß die Wirkungen der Ausfuhrerlaubnis überschätzt werden. Die Freigabe des Getreides kann von sich aus nicht genügen, um den Weltmarktpreis zu erreichen, da im Auslande wenig Nachfrage nach deutschem Brotgetreide besteht wegen der geringeren Qualität derselben.

Zusammenfassend möchte ich bemerken, daß die Produktionssteigerung, die wir alle wünschen, nicht allein durch die fortwährende Technisierung und Modernisierung, durch Kreditaktionen und Steuerermäßigungen zu bewirken sein wird, wenn nicht die praktischen Voraussetzungen für die Rentabilität auf längere Sicht geschaffen werden, und das ist ohne einen gewissen Zollsatz nicht möglich. Das Gefühl leidlicher Sicherheit, das der Produzent bei intensiver Wirtschaft unbedingt braucht, ist wie beim industriellen, so auch beim landwirtschaftlichen Unternehmer nicht zu erwecken ohne einen maßvollen Zollsatz; alles gute Bureaus bleibt erfolglos und auch mit Recht.

Jarres zum Präsidenten gewählt.

Düsseldorf, 12. Juni. Heute trat der rheinische Provinziallandtag im Ständehaus zu Düsseldorf zusammen zur 69. Tagung, in deren Verlauf die Jahrtausender der Rheinländer vom 18. bis 20. Juni den Höhepunkt darstellt. In seiner Eröffnungsrede betonte der Staatskommissar Oberpräsident Fuchs, daß der Landtag wieder in der Vollzahl seiner Mitglieder in Düsseldorf zusammentreten könne, auch im Beisein der ehemals ausgewiesenen Mitglieder. Bitterkeit mischte sich nur in diese Genugtuung bei dem Gedanken, daß die Tagung immer noch im besetzten Düsseldorf stattfinden müsse. Der Oberpräsident gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß der Versöhnungswille des besetzten Gebietes nicht allzu stark und unnötig belastet werde. Der Friede, den das besetzte Gebiet erstrebe, sei ein Frieden der Gleichberechtigung.

Dr. Jarres-Duisburg wurde dann mit 103 gegen 17 bei 2 Stimmen Enthaltung zum Präsidenten gewählt.

Die Amnestievorlage ausgearbeitet.

Im Laufe der nächsten Woche wird sich der Reichsrat mit der nun endgültig fertiggestellten Amnestievorlage beschäftigen, die vom Reichsfürstministerium ausgearbeitet worden ist. Die Ausarbeitung des Entwurfs hat sich deshalb solange verzögert, weil es erst jetzt gelungen ist, zwischen Reich und Ländern eine Einigung in dieser Frage zu erzielen.

Die Vorlage steht sowohl eine Amnestie auf Criminelles wie auf politische Delikte vor, beschränkt sich aber nur auf Urteile, die vom Reichsgericht ausgesprochen worden sind.

Au gleicher Zeit hat auch Preußen eine Amnestievorlage ausgearbeitet, die noch während der Reichsratsberatungen über die Reichsamtnei mit den anderen Ländern durchgesprochen werden wird. Man hofft, die preußische Amnestievorlage dem Landtag sofort nach der Entscheidung im Reichsrat vorlegen zu können.

Bauernrevolte in Indien.

London, 11. Juni. Wie seit einigen Tagen in Umlauf befindlichen beunruhigenden Gerüchten über erste Unruhen im Staate Uttar in Indien haben nach einer Meldung aus Kalkutta jetzt zu einer Erklärung der Regierung geführt. Daraus geht hervor, daß, obwohl Schießereien stattgefunden haben, Verlegungen oder Todesfälle nur in geringem Umfang zu verzeichnen sind, und daß die Ausbreitung der Unruhen in engen Grenzen geblieben ist. Agitatoren hätten die Misströmung unter den Bauern geschürt und propagiert, zu einer bevorstehenden Zusammenkunft Waffen angulegen.

Trotzdem die Regierung eine diesbezügliche Warnung erlassen hatte, versammelte man sich doch in großer Anzahl, und als eine Aufforderung zum Auseinandersetzen unbedingt überschritten blieb, wurde der Befehl von Truppen umgingt. Darauf feuerten, immer nach dem offiziellen Bericht, die Bauern zuerst auf die Truppen, welche darauf wieder feuerten, wobei drei getötet und drei verwundet wurden.

Weitere Erfolge der Riffleute.

Gez bedroht.

Madrid, 12. Juni. Die Lage in Gez ist kritisch, da auch die Stämme im Rücken der französischen Front unruhig werden. Die Stadt ist gegenwärtig ernstlich bedroht, ebenso der Ort Uezan. Das rechte Uerga-Ufer ist fast ganz von den Riffleuten besetzt, doch sind französische Verbündete sowie gepanzerte Flugzeuge und Tanks eingetroffen, so daß die Front vielleicht gehalten werden kann.

Paris, 12. Juni. Aus Madrid wird gemeldet, daß eine gemeinsame französisch-spanische Aktion gegen Aljir, dem Stammsitz Abd el Krim, in der Nähe der Stadt, bevorsteht. Nach dieser Meldung sollen französische und spanische Truppen London und Madrid von der See und von der Landseite angreifen. Abd el Krim hat angeblich in Erwartung dieses Angriffes einen Teil seiner Truppen von der Uerga-Front nach Aljir geschickt.

Die deutschen Schiffe „Dresden“ und „Dortmund“, die vor einigen Tagen in den marokkanischen Gewässern unter dem Vorwande des Waffenschmuggels von den Franzosen untersucht worden waren, sind nach einer Meldung des tabladien Pariser Abendblattes „Paris Soir“ wieder freigegangen worden. Die Durchsuchung hat ergeben, daß sie keine Kriegsmaterialien, sondern nur Fische an Bord hatten.

Neue Propaganda Abd el Krim.

Paris, 12. Juni. Nach einer Kurzmeldung aus Gez ist die allgemeine Lage an der Front unverändert, jedoch ist infolge der Haltung der Riffleute, die ihre örtlichen Angriffe verstärken, und ebenso infolge ihrer täglich wachsenden Propaganda die Lage ernster geworden. Abd el Krim ist anscheinend durch die spanischen Vorbereitungen sehr beschäftigt. Es wurden bedeutende Truppenansammlungen in der Gegend von Aljir festgestellt. Die feindliche Propaganda ruft große Menschen bei gewissen Stämmen herbei und hat sogar zu einigen Überfällen in der Dissidentenzone geführt.

Frankreich will rasch Frieden schließen.

Paris, 12. Juni. Wie Davis aus Gez meldet, hat Ministerpräsident Painlevé, bevor er Rabat verließ, um der Front einen Besuch abzustatten, Journalisten gegenüber erklärt, er habe sich mit Marshall Lyautey über die zu erwartende Entwicklung und über die Lösung ausgesprochen, die man durch die eventuellen diplomatischen und militärischen Bemühungen erzielen könne, um einen dauerhaften Frieden durch die am raschesten wirkenden und am wenigsten Opfer kostenden Mittel zu erzielen. Dem Sultan von Marocco habe er, Painlevé, versichert, daß Marocco in der formellen Weise der Souveränität des Sultans unterstehe, und daß Frankreich diese Souveränität, die die Grundlage des Vertrages sei, aus dem Frankreich seine Rechte herleite, aufrechterhalten habe.

Neue Unruhen in Hankau.

Erklärung chinesischer Professoren.

In Hankau brachen neue Unruhen aus, die sich hauptsächlich gegen die englische Freiwilligenforscher richteten. Als die Demonstranten auf Wasserschläuche nicht reagierten, benutzten die Engländer Maschinengewehre. Viele Chinesen wurden getötet und viele verwundet.

Nach einer Kurzmeldung aus Peking hat die chinesische Regierung dem Verlangen der Manifestanten nachgegeben und beschlossen, 100 000 Dollar nach Shanghai zur Unterstützung der streikenden Arbeiter zu senden.

Die Professoren der Pekinger Universität veröffentlichten unter dem 9. Juni ein Manifest zu den Shanghaier Vorfällen, in dem sie die bereits amtlich bekanntgegebenen Tatsachen wiederholen und folgendes ausführen: Die Tragödie, die in der Kronenbierverkostung in Shanghai sich abgespielt hat, erfüllt das chinesische Volk mit Schrecken und Entrüstung. Die tatsächlichen Vorgänge sind von verschiedenen Stellen und in verschiedener Hinsicht entweder gegeben worden. Da dieses Verfahren zu weiteren Missgeschicken zwischen dem chinesischen Volk und den Ausländern führen könnte, so legen die Professoren Wert darauf, den Sachverhalt nochmals in allen Einzelheiten dargestellt. (Die Darlegung entspricht der bereits amtlich verbreiteten und unterstreicht, daß die Tötung eines chinesischen Arbeiters während des Streiks in einer japanischen Spinnerei der Ausgangspunkt der Zwischenfälle gewesen ist, daß die an Sympathie und Gefühlen beteiligten Studenten völlig unbewaffnet waren, auch nachdem die ersten Schüsse der internationalen Polizei unter englischem Befehl zahlreiche Todesopfer gefordert hatten, und daß die Bekämpfung von Demonstrationen am Tage der Kundgebung, 9. Juni, bereits seit sechs Tagen andauerte.) Dagegen, so führt das Manifest fort, die mit uns der Ansicht sind, daß die internationale Gerechtigkeit und Harmonie ein ersterbares Ziel ist, werden, wie wir hoffen, der Sache Ihre Aufmerksamkeit nicht versagen. Wird irgend ein rechtlich Denkender diese jungen Studenten und Studentinnen als Aufrührer ansehen? Kann man diese Kundgebung als eine fremdenfeindliche oder bolschewistische auslegen? Würde man nicht vielmehr annehmen, daß es sich um eine vorbereitete Maßnahme der Behörden handelt, da sie über sechs Tage aufgedehnt wurde? Warum geben der britische und der japanische Gesandte in Peking nicht den Befehl, mit den Eröffnungen aufzuhören, wenn sie sie nicht begünstigen wollten? Das sind die Fragen, die wir zu stellen, aber nicht zu beantworten wünschen!

Die Professoren bestreiten die bisherigen Berichte, die ausschließlich Chinesen betrifft, auf 77 Tote und mindestens 800 Gewundene bis zum 9. Juni.

Kanadas Ansprüche auf den Nordpol.

London, 12. Juni. Im kanadischen Unterhaus legte gestern der Innenminister Stewart eine Karte vor, die die Unstriche Kanadas auf den Nordpol und die Polarzone darstellt. Danach würde die Grenze des Dominion ein großes Dreieck bilden mit dem Hauptland als Basis und dem Pol als Spitze. Die Westgrenze würde eine Verlängerung der Grenze zwischen Alaska und Kanada sein, die Ostgrenze eine Verlängerung der Trans-Canada-Straße zwischen Kanada und Grönland, die dann etwa dem 80. Meridian zum Pole folgt.

Kleine Meldungen.

London, 12. Juni. Unsang Hunt betrug die Zahl der Arbeitslosen 1 247 300. Gegen das Vorjahr ist eine Steigerung um 244 885 eingetreten.

Moskau, 12. Juni. Der Vertrag mit Harriman betrifft die Mangankonvention in Tschakatur ist heute unterzeichnet worden.

Berlin, 12. Juni. Wie wir erfahren, ist der deutsche Geschäftsträger in Bangkok Sobel heute nach plötzlich gestorben.

Berlin, 12. Juni. Einem Bericht der „Börs. Arg.“ zufolge steht Albanien vor einer neuen Revolution. Im Süden und Norden haben die Unruhen bereits begonnen.

Aus Stadt und Land.

Aue, den 13. Juni 1925.

400 Jahre evangelisches Pfarrhaus.

Luthers Heirat am 13. Juni 1525.

Im Kloster Nimbschen lebte seit ihrem 10. Jahre die Nonne Katharina von Bora aus einem Meißner Adelsgeschlecht. Durch die Klostermauern waren die reformatorischen Lehren Luthers gedrungen, und die 24jährige Nonne erkannte glühend den Wiedereintritt in die Welt. Ihre Verwandten lehnten Hilfesuchungen zur Flucht ab. Es gelang Katharina aber, den Bischof von Borna Sophie von Wittberg ihr ihre Freiheitspläne zu gewinnen, und am 4. April 1523 entfloß sie mit acht anderen Nonnen. Der kluge Bischof hatte jede in ein leeres Weinschloß versteckt lassen und die Führe gelangt wohlbeholt über die Grenze nach Wittenberg. Am 13. Juni kam Katharina in das Haus des Stadtschreibers Philipp Reichenbach, des nachmaligen Bürgermeisters von Wittenberg. Luther, hörte von dem Vorfall und da er mit anderen Freunden für den Unterhalt der Geflohenen sorgen wollte, beschloß er sie zu verheiraten. Um Katharina warb ein junger Geistlicher, Dr. Cratz aus Orlamünde und ein Wittenberger Patrizier, Hieronymus Baumgärtner. Sie wies beide Freier ab und äußerte, daß ihre Liebe dem Reformator selbst gehöre. Der 42jährige Luther beschloß nach inneren Kampfen, die neue Lehre selbst zu erfüllen, und am 13. Juni 1525 fand seine Hochzeit mit Katharina von Bora statt. Stadtpfarrer Bugenhagen vollzog die heilige Handlung. Als Gäste waren geladen: der Prediger an der Schlosskirche Justus Jonas, der Maler Lukas Cranach, der Jurist Abel und Frau Bugenhagen.

An heitigen Angriffen gegen diesen Schritt Luther fehlte es nicht. Die Baptisten griffen zu gemeinen Verleumdungen und verbreiteten das Gerücht, daß Luther so schnell habe heiraten müssen, da das Fräulein von Bora in Hoffnung gewesen sei. Johann Geog. Graf zu Mansfeld ordnete noch vielen Jahren noch eine eingehende Untersuchung an und es gelang ihm zu beweisen, daß diese Gerüchte erfunden waren.

War Luthers Ehe auch ohne jegliche romantische Liebeschwärmerie geschlossen, so war sie doch eine der glücklichsten. Um Sorgen und Krankheiten lehrte er nicht, doch getreu teilten die beiden das Leid. Wie Luther seine Gattin schätzte, geht aus den Worten her vor: „Ich achte sie höher, als das Königreich Frankreich und die Herrschaft der Benediktiner“.

Nach 400 Jahren feiert heute das evangelische Pfarrhaus seine Gründung und dankbaren Herzens erinnert es sich des leuchtenden Vorbildes christlicher Ehegemeinschaft „Martin Luther und Katharina von Bora“.

G. Nebus.

Platzkasse am Sonntag, den 14. Juni, vor 11 Uhr auf dem Markt. Plakatfolge: 1. Heil Europa, March von Blon. 2. Ouvertüre zur Operette „Ein Morgen, ein Mittag, ein Abend in Wien“ von Suppe. 3. Präludie, Intermezzo von Offenbach. 4. Eugeniburg-Walzer von Lehár. 5. Fantasie aus der Oper „Margarethe“ von Gounod.

Roter Kreuz-Tag. Da in letzter Zeit in unserer Stadt viele Sammlungen stattgefunden haben, sieht das Rote Kreuz von öffentlichen Sammlungen ab, bittet aber um freundliche Spendenüberleitung auf das Konto des Roten Kreuzes zu 887 bei der Stadtbank Aue.

Die Heimarbeiter in der Börs. Berufs- und Betriebszählung. Auf Grund des Reichsgesetzes vom 18. März 1920 und der hiermit ergangenen Ausführungsverordnungen findet am 16. Juni im ganzen Deutschen Reich eine Börs- und Betriebszählung statt. Die statistischen Unterslagen für diese Zählung werden gewonnen 1. durch die Haushaltungsliste, die jeder Haushaltungswohnstand auszufüllen hat, 2. durch den Land- und Forstwirtschaftsbogen, der an die Börsenwirtschaft von Auer, Wiesen- und Gartenland umzugeben wird und 3. den Gewerbebogen, der nicht nur den industriellen Großbetrieb, das Handwerk, d. h. Groß- und Kleinhandel erfassen soll, sondern der auch Amt und Art der Heimarbeiter festzustellen hat. Mit der Beantwortung des Gewerbebogens erfüllt der Heimarbeiter nicht nur eine ihm vorgesetzte Pflicht, sondern er handelt dabei auch im wohlverstandenen Eigentresse. Denn er muß sein Auge halten, wie wichtig es vom Standpunkte der wichtigen Vertreter seiner wirtschaftlichen Interessen und seiner Berufsstände gegenüber anderen Berufsständen ist, bei berufstätigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gegenwart und Zukunft ein einwandfreies Zahlenmaterial über seinen Stand zur Verfügung zu bekommen.